

Ein Mann für strahlende Geschäfte

Er wohnt seit knapp 20 Jahren zurückgezogen am Grabser Berg: Der deutsche Ingenieur Gotthard Lerch. Seine Nachbarn kennen ihn kaum. Deutsche Ermittler werfen ihm Verwicklung in die internationale Atommafia vor.

Von Wolfgang Frey und Martin Hähnlein

Grabs. – Die strahlende Technik war seine Passion. Schon lange bevor er das erste Mal im Rheintal auftauchte. Damals, als Ingenieurskunst «Made in Germany» international noch etwas zählte und deutsche Kernforscher noch Weltruf hatten. Zu dieser Zeit lagen Männer wie Gotthard Lerch (63) im Trend.

Es ist Ende der 60er-Jahre, in der Zeit des kalten Krieges, des Wetttrübens, der ungebremsten Technikgläubigkeit und Jahrzehnte vor der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Deutschland ist keine Atommacht, aber seine Ingenieure beherrschen die Technik, die Macht verleiht. Lerch ist einer von ihnen.

Arbeit am Staatsgeheimnis

Gotthard Lerch, 1942 in Oberschlesien geboren, ist damals Ende 20. Mit einer Lehre als Fachwerkzeugmacher und seinem Maschinenbaustudium im Gepäck heuert er bei Dornier in Friedrichshafen an. Dort arbeitet er einige Jahre an der Geheimsache Gas-Ultrazentrifuge: Eine unter anderem in Deutschland entwickelte Technik zur Urananreicherung, die dort bis heute als Staatsgeheimnis gehütet wird.

Es ist dieselbe Technologie, die der junge pakistanische Ingenieur Abdul Quadeer Khan etwa zur selben Zeit bei der deutsch-britisch-niederländischen Atomfirma Urenco kennenlernen, später stiehlt, im eigenen Land zum Bombenbau verwendet, und schliesslich an das iranische Mullah-Regime, Nordkorea und den libyschen Diktator Muammar al Gaddafi verrät. Zumindest bei seinem Libyen-Deal Ende der 90er-Jahre, Khans letzter Transaktion, soll Lerch seine Finger mit im Spiel gehabt haben.

Alte Bekannte

Zur fraglichen Zeit sind Lerch und der pakistanische Chef-Atomdealer Khan längst alte Bekannte. Sie lernen sich in den 70er-Jahren bei der Hanauer Hochtechnologiefirma Leybold-Heraeus kennen. 1971 hat das Unternehmen mit einem Volumen von 15 Mio. Mark gerade den grössten Auftrag in der jungen Firmengeschichte an Land gezogen. Wieder einmal ist Lerch dabei, als es um ein deutsches Prestigeobjekt geht.

In Hanau wird die Beschickungsanlage für den Thorium-Hochtemperatur-Reaktor im norddeutschen Schmehausen gebaut. Dieser Ort besteht nur aus einer Handvoll Häusern, besser bekannt ist der Skandal-Standort als Hamm-Uentrop. Zunächst wird das Projekt von der Hochtemperatur-Kernkraftwerk-Gesellschaft gefeiert als Wahrzeichen einer «neuen Epoche nuklearer Energiegewinnung». 15 Jahre später geht der Kugelhaufenreaktor wegen eines verlustreichen Störfalls im Rohrsystem kurz nach der Tschernobyl-Katastrophe als Milliardengrab in die Geschichte staatlich geförderter Kerntechnik ein.

Steiler Aufstieg in Hanau

Bis dahin macht Lerch bei Leybold-Heraeus Karriere. Kaum ein Jahr dabei, wird er zum Leiter des Hochtemperatur-Reaktor-Projekts, das während seiner Zeit dort auf 70 Mio. Mark aufgestockt wird. So halten es Dokumente fest, die bei seinem jüngsten Prozess zur Sprache kamen. Kurz darauf erhält er danach Handlungsvollmacht, 1975 übernimmt er den Produktionsbereich Reaktortechnik.



Auf der Anklagebank im Landgericht Mannheim: Der mutmassliche Atomschmuggler Gotthard Lerch. Zeichnung Srina Langel

1978 wird er Bereichsleiter für Kerntechnik, später stellvertretender Geschäftsleiter von Leybold-Heraeus, ergebnisverantwortlich für Umsätze in dreistelliger Millionenhöhe. Die 80er-Jahre, vermerkt die Firmenchronik, sind geprägt durch «turbulentes Wachstum».

Lerch leistet gute Arbeit. In den technischen Details, sagt ein Kenner der Szene, habe er sich zwar nicht besonders gut ausgediegt, «aber er kannte die entscheidenden technischen Schlagwörter und war ein ausgesprochener Vertriebstyp». Das bescheinigen ihm auch seine Chefs, als er Mitte der 80er-Jahre bei Leybold-Heraeus kündigt. Mehrmals ist in seinem Arbeitszeugnis die Rede davon, wie er Auftragsengpässe «mehr als verdoppelt» und Umsätze gesteigert hat.

Goldene Kontakte

«Ohne Einschränkung kann gesagt werden», heisst es da, dass er im In- und Ausland einen guten Ruf habe, Kontakte zu Staatsoberhäuptern des Ostblocks und auch durch Akquisitionen in Dritte-Welt-Ländern glänze. Er arbeite mit «Begeisterungsfähigkeit» und sei ein «loyaler Mitarbeiter», schreiben seine Chefs zum Abschied. Danach arbeitet Lerch auf eigene Rechnung. Seine Kontakte müssen Gold wert sein.

Die Staatsanwaltschaft versucht derzeit im Zusammenhang mit dem mutmasslichen Libyen-Deal, Euro-Beträge in Millionenhöhe auf verschiedenen Konten Lerchs, einzufrieren, unter anderem in Liechtenstein, der Schweiz, aber auch in Spanien und Malaysia.

Der Pakistan-Deal

Nach seiner Kündigung bei Leybold-Heraeus macht sich Lerch, der später samt der Firma wegen heikler Exporte aus Hanau noch ins Gerede kommen wird, auf in die Schweiz. Wie der «Stern» später berichtet und Zeitzeugen gegenüber «Wirtschaft regional» bestätigen, kommt er mit technischen Zeichnungen im Gepäck ins Rheintal und hat einen Plan: Die Metallwerke in Buchs sollen Teile für Khans Atomanlage in Pakistan bauen. Das stellen die Ermittler allerdings erst viel später fest.

Zunächst scheitert das Vorhaben, doch 1985 laufen die Maschinen auf dem Werksgelände der Metallwerke am Buchser Bahnhof für Lerchs Projekt. Als der Deal auffliegt, weil der Schweizer Zoll einen Teil der Lieferung beschlagnahmt, werden vier Verantwortliche der Metallwerke und weiterer beteiligter Firmen zu Geldbussen verurteilt.

Zu der Zeit sitzt Lerch längst fest im Sattel bei der AVE Apparate, Verfahren und Engineering AG in Buchs. Geschäftszweck laut Handelsregister: «Entwicklung, Planung, Erstellung und Vertrieb auf den Gebieten des

Maschinen-Aggregate und industriellen Anlagenbaus usw.» Ein Geschäft, in dem gute Verbindungen zählen. Als Lerch in einer polizeilichen Vernehmung nach den anderen mutmasslichen Mitgliedern von Abdul Quadeer Khans Atomschmuggel-Netzwerk gefragt wird, sagt er: «Sie wissen doch, dass man immer weitergereicht wird, wenn man Vertrieb macht.»

«Zu wenig transparent»

Bei der AVE will Lerch in den späten 80ern und frühen 90ern als Generalunternehmer Firmen und Experten an einen Tisch bringen, um Fabriken vor allem in China und Fernost zu bauen. So erzählt es ein Schweizer Unternehmer, der bei der AVE zu der Zeit für zwei Jahre im Verwaltungsrat sass. Lerch selbst beschreibt er als «Profi-Verkäufer mit gutem internationalen Auftreten, sehr gutem Englisch» und als dominanten Menschen. Heikle Fragen habe Lerch nicht gern gehabt: «Er antwortete dann zwar kurz, sagte etwas, aber das waren keine wirklichen Antworten auf die Fragen.»

Das ist offenbar der Hauptgrund, warum er Lerchs AVE bald wieder verlässt: «Es war mir zu wenig transparent», sagt der Geschäftsmann heute. Mit den Ausfuhrlisten, die verbotene Exportgüter aufzählen, sei man bei der AVE «so kreativ wie möglich umgegangen». Nein, sagt er, es sei nie etwas offenkundig illegal gewesen, «aber das war einfach nicht mein Stil».

Bei der AVE AG scheidet Lerch Ende der 90er als Direktor aus, gründet in Grabs seine eigene AVE GmbH und

macht dort nach eigenen Angaben «Consulting». Eine Idee von seinen möglichen Geschäften bekommen die meisten Grabser erst Anfang 2004, als Lerch international Schlagzeilen macht.

Brisante Fracht nach Libyen

Als amerikanische und britische Geheimdienste Ende 2003 den deutschen Frachter «BBC China» mit Teilen für eine Gas-Ultrazentrifugenanlage mit Kurs auf Libyen im Mittelmeer stoppen und das nordafrikanische Land kurz darauf sein Atomwaffenprogramm offenlegt, packen wenig später einige in Abdul Quadeer Khans Schmuggelring aus. Dabei fällt der Name Gotthard Lerch. Die deutschen Ermittler nehmen ihn erneut ins Visier.

Als er im November 2004 auf Ersuchen der deutschen Bundesanwaltschaft in der Schweiz festgenommen wird, sagt er in einer Vernehmung: «Ich bin jetzt 61 und warte auf den Vorruhestand. Mein Haus ist schuldenfrei.»

Er setzt sich erfolglos gegen seine Auslieferung zur Wehr und wird schliesslich 2005 nach Deutschland überstellt. Mitte März 2006 nimmt er zum ersten Mal auf der Anklagebank im Mannheimer Landgericht Platz. Wegen Verstössen gegen das deutsche Kriegswaffenkontroll- und das Ausenwirtschaftsgesetz drohen ihm in Deutschland bis zu 15 Jahre Gefängnis.

Auf der Anklagebank

Der Vorwurf des Staatsanwalts vor der Grossen Wirtschaftsstrafkammer

des Mannheimer Landgerichts: Zwischen 1999 und 2003 soll er als einer der Drahtzieher in Khans nuklearem «Supermarkt des Schreckens» («Der Spiegel»), Teile für das inzwischen gestoppte libysche Atomwaffenprogramm organisiert haben. In Südafrika, sagt Staatsanwalt Peter Lintz, habe Lerch die Herstellung der Verrohrungsanlage für Gaddafis Urananreicherungsfabrik bei einem alten Bekannten aus Hanauer Zeiten in Auftrag gegeben, die Produktion organisiert und überwacht.

Doch der Prozess platzt Ende Juli. Das Verfahren wird zunächst auf unbestimmte Zeit ausgesetzt, weil es offene Auslieferungsfragen gibt, die Schweizer im Rheintal sicher gestellte Beweismittel nicht freigeben wollen und die deutschen Ermittlungsbehörden mit ihren Erkenntnissen mauern.

Lerch sitzt zu dieser Zeit seit einem Jahr und gut acht Monaten ein. In Deutschland liegt die Höchstgrenze der Untersuchungshaft im Normalfall bei sechs Monaten. Trotz des nach wie vor «dringenden Tatverdachts» entscheidet das Gericht einen Tag nach dem vorläufigen Scheitern des Prozesses: Lerch wird freigelassen, allerdings muss er in Deutschland bleiben und sich dreimal wöchentlich bei der Polizei melden. Als Kaution setzt das Gericht eine Summe von 5 Mio. Euro fest.

Ohne Kaution auf freien Fuss

Seine Verteidiger wollen das nicht hinnehmen. Mitte August entscheidet das Karlsruher Oberlandesgericht in ihrem Sinne: Lerch darf das Gefängnis ohne Kaution verlassen und bis zur Wiederaufnahme seines Verfahrens auch ausser Landes reisen.

Fast zeitgleich, rund drei Wochen nach dem vorzeitigen Ende des Prozesses, lenkt das Schweizerische Bundesamt für Justiz ein. Es klärt sie offenen Auslieferungsfragen im Sinne des deutschen Gerichts. Da Lerch dagegen jedoch vors Schweizerische Bundesgericht in Lausanne zieht, bleibt dieser Entscheid erst einmal nur vorläufig. In Lausanne argumentiert Lerch, er werde in Deutschland politisch verfolgt. Seine Auslieferung sei daher insgesamt «in Frage zu stellen».

Im Herbst weisen die Lausanner Richter Lerchs Beschwerde zurück. Sie haben keine Zweifel an einem «fairen Prozess» in Deutschland, schreiben sie in ihrer Entscheidung. Lerch muss also erneut in Mannheim vor Gericht. Staatsanwalt Peter Lintz wird dort voraussichtlich im Frühjahr die Anklageschrift verlesen. Bislang streitet Gotthard Lerch alles ab.

«Wirtschaft regional» zeigt in einer vierteiligen Serie die Hintergründe zum Atomschmuggel-Prozess in Mannheim auf. Teil 4 erscheint am 16. Dezember.

A. BECK AKTIENGESELLSCHAFT

OFFICE SOLUTIONS

Der Showroom ist geöffnet:

Montag bis Donnerstag	8.00 bis 12.00 Uhr 13.30 bis 17.30 Uhr
und am Freitag	8.00 bis 12.00 Uhr 13.30 bis 16.00 Uhr
oder nach Vereinbarung	Tel +423 392 41 77

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Planungen

Büromöbel

Betriebsrichtungen

Center Triesen
A. Beck Aktiengesellschaft
Schlössle 6 | FL 9495 Triesen
Tel +423 392 41 77 | Fax +423 392 10 10
info@beck-ag.com | www.beck-ag.com